77. Jahrgang. Nr. 42 — Mittwoch, 25. Januar 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftleitung: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 25011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 36 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Preisnachlaß lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 18 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Aepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1066 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Die deutschnationale Absage an Schleicher

Neubildung des Kabinetts verlangt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Jan. Die innerpolitische Situation hat noch keine Klärung erfahren und die Verhandlungen zwischen den Parteien sind vollkommen ins Stocken geraten. Es läßt sich auch nicht sagen, ob in der gegenwärtigen Situation noch Fühlungnahmen der Parteien untereinander stattfinden werden. Das von uns bereits angedeutete Bestreben der parlamentarischen Kreise, eine

neue Vertagungsmöglichkeit ausfindig zu machen,

wird fortgesetzt. So hat man heute den Plan erörtert, ob es möglich wäre, am 31. Januar zwar eine politische Aussprache über die Bühne gehen zu lassen, aber vor der Abstimmung über die Mißtrauensanträge Vertagung zu beschließen. An den Regierungsstellen wird weiterhin betont, daß die Regierung endlich eine Klärung wünsche. Ihr sei der wirtschaftliche Wiederaufbau das wichtigste, und die fortwährenden Störungen durch die Politik müßten für eine Zeitlang aufhören.

Die Regierung habe ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm jetzt soweit gefördert, daß Anfang Februar die ersten Aufträge auf Grund des Sofortprogramms an die Industrie gegeben werden könnten.

Die Summe von 500 Millionen Mark, die das Sofortprogramm der Wirtschaft zufließen lasse, sowie die ebenfalls recht erheblichen Beträge, die seitens der Reichsbahn und der Reichspost für neue Aufträge verausgabt würden, ließen eine Belebung der Wirtschaft mit starker Sicherheit erwarten. Diese Neubelebung dürfe nun nicht durch eine anhaltende innerpolitische Unruhe beeinträchtigt werden. Zunächst werde die Regierung abwarten, was

der Aeltestenrat am Freitag

von sich aus unternehme.

Zu der Entschließung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, in der die vollständige Neubildung des Kabinetts gefordert wird (siehe weiter unten!) wird regierungsseitig erklärt, daß der Reichskanzler gelegentlich auch auf diese Entschließung erwidern werde. Die deutschnationale Entschließung hat in den Kreisen der Reichsregierung stark verschnupft, denn man erklärt, daß sie lediglich Worte und Phrasen, aber keine positiven Angaben darüber enthalte, was denn geschehen solle. Die Tendenz der Entschließung sei die Quittung auf die verweigerte einseitige Hereinnahme der Deutschnationalen in die Regierung. Damit soll offenbar zum Ausdruck gebracht werden, daß der Reichskanzler entsprechend den Wünschen des Reichspräsidenten, der eine parlamentarische „Untermauerung" des Kabinetts Schleicher von rechts bis nach links wünschte, ein Eingehen auf die Pläne des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg, der die Wiederherstellung der autoritären Regierungsform forderte, abgelehnt hat.

Da sich die Verhandlungen über eine parlamentarische Regierungskoalition als vollkommen aussichtslos erwiesen haben, halten es die Deutschnationalen für notwendig, darauf hinzuweisen, daß lediglich eine Staatsführung, die nicht an das Parlament gebunden ist, im jetzigen Zeitpunkt erfolgversprechend regieren kann.

In der Ablehnung des Kabinetts Schleicher sind sich somit die beiden Rechtsparteien, die NSDAP. und die Deutschnationalen einig.

Ob und inwieweit sich daraus zu einem späteren Termin die Möglichkeit eines Zusammengehens ergibt, ist jetzt noch nicht zu sagen, da die Fühlungnahmen über die Wiederherstellung der Harzburger Front zunächst fruchtlos geblieben sind. Unverkennbar verfolgt die deutschnationale Entschließung aber den Zweck, dem Reichspräsidenten klarzumachen, daß ein Weiterbestand der bisherigen Situation zu schweren Schäden führen müsse.

Am Dienstagnachmittag hat die Fraktion der Bayrischen Volkspartei über die politische Lage beraten. Am Donnerstag wird das Zentrum zu einer Fraktionssitzung zusammentreten. Diese beiden Parteien sind sich zunächst in der Ablehnung der sogenannten Staatsnotstandsideen einig. Beide wollen nicht, daß die Verfassung teilweise oder ganz außer Kraft gesetzt und daß das Parlament ausgeschaltet wird.

Wie weit trotz der widerspruchsvollen Haltung der Parteien man sich nun zu gemeinsamem Vorgehen hinsichtlich einer Vertagung des Parlaments zusammenfinden wird, ist noch ganz unbestimmt. Nach wie vor liegt die endgültige Entscheidung in der Hand des Reichspräsidenten.

*

An der deutschnationalen Entschließung

heißt es, daß eine grundsätzliche Entscheidung einer Reihe von wichtigen Fragen der Nation, insbesondere eine durchgreifende Lösung der schwebenden Wirtschaftsfragen, erforderlich sei, um der Not zu steuern. Dazu müsse in erster Linie

eine vollständige Neubildung des Kabinetts erfolgen, um die erforderliche Schlagkraft und Einheitlichkeit der Regierungsführung, und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik, sicherzustellen.

Allzulange dauerten jetzt schon die mit der Demission des Kabinetts von Papen begonnenen Verhandlungen und Besprechungen in Berlin, um noch Verständnis im Volke zu finden. Die Politik des Stillhaltens und Zauderns stelle alle Ansätze einer Besserung in Frage. Die an sich schon großen Gegensätze im Lande vertiefen sich immer weiter. Dazu trage auch die mangelnde Einheitlichkeit in den Anschauungen und Aeußerungen der einzelnen Ressortminister bei. Ohne ein Wiederanziehen der nationalen Güterproduktion und damit der Arbeit und der Kaufkraft sei die Lage des deutschen Volkes nicht zu verbessern. Dieser entscheidende Gesichtspunkt trete weder in den Maßnahmen noch in den wirtschaftspolitischen Aeußerungen der Regierung hervor. Vielmehr

werde in der Wirtschaftspolitik ein neues Abgleiten in sozialistisch-internationale Gedankengänge immer deutlicher.

Eine besondere Gefahr bedeute es, wenn man Gegensätze zwischen groß und klein vor allem in der Landwirtschaft entstehen lasse und dadurch die Gefahr eines Bolschewismus auf dem flachen Lande hervorrufe. Ueberall tauche der Verdacht auf, daß die jetzige Reichsregierung nichts anders bedeuten werde als die Liquidation des autoritären Gedankens, den der Reichspräsident mit der Berufung des Kabinetts Papen aufgestellt hatte. Das Versagen der Regierung habe steigende Enttäuschung und Gegnerschaft hervorgerufen. Die Fraktion bekenne erneut, daß die Staats- und Wirtschaftskrise nur durch eine starke Staatsführung überwunden werden könne.

Mißbrauch der Osthilfe?

Die Sozialdemokraten, durch ihre Verantwortung für die Mißerfolge der Erfüllungsepoche sowie der Deflations- und Steuerpolitik unter Brüning recht stille geworden, wittern neuerdings wieder Morgenluft. Sie suchen nach neuen Schlagworten, um die Massen, die in den letzten Jahren merklich abgebröckelt sind, wieder an den alten, trauten, marxistischen Parteiapparat zu fesseln. Augenscheinlich bereitet sich die Sozialdemokratie auf Neuwahlen vor, nachdem die Lebenswahrscheinlichkeit des gegenwärtigen Reichstags nach wie vor von vielen Sachverständigen als nicht sehr günstig angesehen wird. In riesigen Plakatschriften rufen bereits die sozialdemokratischen Parteiblätter die neuen Parteischlagworte in die Massen, geradeso, als ob wir uns bereits munter in einem neuen Wahlkampf befänden. Man darf wirklich neugierig sein, mit welchen Parolen die Sozialdemokratie ihre eigenen Sünden zu verdecken bestrebt ist. Und siehe da, es sind im Grunde die alten Phrasen der — Vorkriegszeit, die der betriebsame Propagandaleiter der SPD., Löbe, gewissermaßen aus der Parteirumpelkammer für abgelegte Schlagworte herausgeholt und auf die Gegenwartsprobleme umfrisiert hat. Sie sind so bezeichnend für die Absichten, aber auch für die geistige Armut des Marxismus, daß es sich lohnt, sie im Wortlaut wiederzugeben. Sie lauten: „Gegen die Provokationspolitik der Regierung, gegen den Osthilfeskandal, die Millionengeschenke an die Junker, für Demokratie und Sozialismus." Da die Demokratie, so wie sie die SPD. auffaßt, ebenso versagt hat, wie die Sozialisierungsexperimente, bleibt eigentlich aus dieser Schlagwortsammlung nur das eine übrig, daß Herr Löbe die Massen mit den Millionengeschenken an die sogenannten Junker auf Kosten der Steuerzahler in den kommenden Wochen aufzuputschen gedenkt. Nach derselben Methode hat die sozialdemokratische Propaganda vor dem Kriege und in den ersten Jahren nach der Inflation gearbeitet, als die Frage des Zollschutzes der Landwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Interesse brennend wurde. Auch damals sprach sie, allerdings etwas weniger bescheiden, sogar von Milliardengeschenken an die Landwirtschaft auf Kosten der Verbraucher. Aber schließlich mußte auch die sozialdemokratische Regierung Müller den Zollschutz der Landwirtschaft vervollkommnen, um den Zusammenbruch des Binnenmarktes und das Arbeitsloswerden der Mehrzahl der Verbraucher zu verhindern, die auf dem Binnenmarkt Arbeit und Lohn fanden. Mit dem Schlagwort vom Zollwucher der Landwirtschaft hatte die Sozialdemokratie 1928 den Wahlkampf gewonnen, um dann im Interesse ihrer eigenen Wähler die Zollpolitik mitmachen zu müssen, die sie zuerst mit nicht zu überbietender Schärfe verworfen hatte. Seitdem ist die Sozialdemokratie über den angeblichen Zollwucher verstummt. Da man aber die blinde „Agrarier"hetze, mit der sich bisher parteipolitische Geschäfte so gut machen ließen, heute nötiger braucht als je, anderseits aber die Not der Landwirtschaft auch vom verbohrtesten Marxisten nicht ohne weiteres geleugnet werden kann, haben sich die Propagandisten der Linken auf die Osthilfe gestürzt, wie der Verschmachtende auf die Quelle, um daraus das wirksame Schlagwort von angeblichen Millionengeschenken auf Kosten der Steuerzahler abzuleiten. Zwar ist das, was darüber in sozialdemokratischen Flugblättern und Versammlungen erzählt wird, erweislich unrichtig. Sicher dürfte es auch den sozialdemokratischen Agrarsachverständigen bei einigem guten Willen nicht schwerfallen, sich von dem wahren Sachverhalt zu überzeugen. Aber es hat den Augenschein, daß es den Sozialdemokraten nicht um Aufklärung zu tun ist, sondern um eine wirkungsvolle Parole, mit der man Wähler gewinnen kann, die natürlich nur in seltensten Fällen Kenntnis von der angegriffenen Einrichtung haben.

Die Einleitung dieses Propagandafeldzuges ist, was die werbepsychologische Seite betrifft, recht geschickt. Zuerst unternimmt die Linke einen Vorstoß im Haushaltausschuß des Reichstags. Es werden Behauptungen aufgestellt, daß dieser oder jener Grundbesitzer eine halbe Million bekommen hätte, daß diese Gelder in Autos oder Rennpferden angelegt worden seien oder gar zu republikfeindlicher Propaganda. Daran anschließend werden dann ganz allgemein laute Angriffe gegen die „skandalösen Zustände" bei der Osthilfe erhoben, von ungerechtfertigter Bereicherung der „nimmersatten" Landwirtschaft gesprochen, durch die die mühsam aufgebrachten „Steuergroschen des kleinen Mannes" verschleudert würden. Bezeichnenderweise versäumt bei solchen Vorstößen auch nie das Zentrum, sich die Angriffe der Sozialdemokraten zu eigen zu machen. Damit wird der Eindruck in den Massen noch verstärkt, daß diese Angriffe auf Wahrheit beruhen müßten, zumal sich die nüchterne Sachlichkeit der Regierungserklärung leider zu kompliziert anhört, um auch den Mann auf der Straße vor den Schlagworten der Gegenseite zu schützen.

Um so mehr ist es notwendig, die Hauptgesichtspunkte, die bei der Durchführung des Osthilfeverfahrens maßgebend sind, zu schildern, weil sich daraus am

Deutsch-Ostafrika vor dem Völkerbund

Deutscher Widerspruch gegen Englands Pläne

Genf, 24. Jan. Der Völkerbundsrat beschloß in seiner geheimen Eröffnungssitzung am Dienstag unter Vorsitz Aloisis, das am 31. März dieses Jahres ablaufende Mandat der Saarregierung bis zum 31. März 1934 zu verlängern.

Der Bericht des Mandatsausschusses macht von neuen Plänen der englischen Regierung auf eine engere Zusammenfassung des englischen Mandatsgebietes Tanganjika (früher Deutsch-Ostafrika) mit den benachbarten englischen Kronkolonien Kenya und Uganda auf dem Gebiet der Verwaltung und der Zölle Mitteilung.

Ferner erwähnt der Bericht die Absicht der französischen Regierung, das französische Mandatsgebiet Syrien und Libanon zu trennen, wobei Syrien aus dem Mandat entlassen, Libanon jedoch weiter französisches Mandatsgebiet bleiben soll.

Die englischen und französischen Mandatspläne stießen jedoch im Völkerbundsrat auf Widerstand.

Der italienische Vertreter, Botschafter Aloisi, widersetzte sich den französischen Plänen und wies auf den unleugbaren Zusammenhang zwischen Syrien und Libanon hin.

Der deutsche Gesandte von Keller

betonte zunächst den grundsätzlichen Standpunkt der Reichsregierung auf Wahrung und Durchführung der Gleichberechtigung aller Staaten in den Mandatsgebieten, insbesondere in bezug auf die Vergebung öffentlicher Aufträge und betonte, daß Gleichberechtigung nicht nur einen juristischen, sondern auch materiellen Charakter in jeder Richtung tragen müsse. Die von der französischen Regierung beabsichtigte Teilung Syriens und Libanons entspreche nach Auffassung der deutschen Regierung nicht den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Mandatsgebietes. Die deutsche Regierung nehme ferner mit Interesse davon Kenntnis, daß

die englische Regierung für den Augenblick keine Maßnahmen für eine politische Zusammenfassung von Tanganjika mit Kenya und Uganda beabsichtige.

Jedoch plane die englische Regierung nach dem Bericht des Mandatsausschusses wirtschaftliche Maßnahmen für eine gewisse Vereinheitlichung dieser Gebiete, insbesondere in Form einer postalischen Union. Der deutsche Vertreter verlangte, der Mandatsausschuß müsse unverzüglich prüfen, ob diese Vereinheitlichung des Postwesens nicht bereits den Charakter einer einfachen Verwaltungsmaßnahme überschreite und die Selbständigkeit des Mandatsgebietes berühre.